

Mitteilungsblatt Nr. 222

1. Satzung zur Änderung der Studien- und Prüfungsordnung (SPO) für den Master-Studiengang Soziale Arbeit vom 07.04.2010, veröffentlicht im Mitteilungsblatt Nr. 196 vom 28.07.2010

Der Präsident
24.11.2011

Der Fachbereichsrat des Fachbereiches Sozialwesen beschloss in seinen Sitzungen am 20.04.11 und 05.10.11 die 1. Änderungssatzung für den **Master-Studiengang Soziale Arbeit** vom 07.04.10 (veröffentlicht im Mitteilungsblatt Nr. 196 vom 28.07.10) auf der Grundlage von Art. 80 Grundgesetz i. V. m. § 27 Abs. 1 und § 72 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Hochschulrahmengesetz (HRG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 19.01.99 (BGBl. I S. 18), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12.04.07 (BGBl. I S. 506), i. V. m. § 8 Abs. 6 Sätze 1 und 2, § 62 Abs. 2 Nr. 2, § 70 Abs. 2 Nr. 1 und § 18 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Gesetz über die Hochschulen des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Hochschulgesetz- BbgHG) vom 18.12.08 (GVBl. I S. 318), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.10.10 (GVBl. I S. 10), i. V. m. § 17 Abs. 1 Grundordnung der Hochschule Lausitz (FH) vom 06.12.10 (Mitteilungsblatt Nr. 199), § 1 Abs. 2 und 3 Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen in zulassungsbeschränkten Studiengängen durch die Hochschulen des Landes Brandenburg (Hochschulvergabeverordnung – HVV) vom 11.05.05 (GVBl. II Nr. 12 S. 230), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17.06.11 (GVBl. II Nr. 35):

Artikel 1 zu § 2 SPO Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren

(1) Der § 2 wird aufgehoben und als „§ 2 neu“ wie folgt neu gefasst:

„§ 2 neu Zugangsvoraussetzungen

- (1) Die Immatrikulation setzt den Nachweis eines ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses im Studiengang Soziale Arbeit oder in einer anderen fachlich einschlägigen Richtung voraus, die sich in Übereinstimmung mit den Zielen des Studiums gem. § 3 befindet.
- (2) Ein an einer ausländischen Hochschule erworbener Abschluss gem. Abs. 1 ist ebenfalls Zugangsvoraussetzung, sofern er sich nicht wesentlich unterscheidet. Der Prüfungsausschuss kann durch den Studienbewerber zu erfüllende Auflagen und Fristen zur Angleichung des Wissensstandes beschließen. Diese werden in den Immatrikulationsbescheid aufgenommen.
- (3) Der Nachweis des Erfüllens der Zugangsvoraussetzung gem. Abs. 1 und 2 ist durch die amtlich beglaubigte Kopien des Zeugnisses und der Urkunde über den Studienabschluss und ggf. amtlich beglaubigte deutsche Übersetzungen des Zeugnisses und der Urkunde zu erbringen, die den anderen Bewerbungsunterlagen entsprechend der Immatrikulationsordnung beizufügen ist bzw. sind.
- (4) Über das Vorliegen der Zugangsvoraussetzungen gem. Abs. 1 und 2 entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (5) Die Feststellung des Erfüllens der Zugangsvoraussetzungen begründet nur dann einen Anspruch auf Immatrikulation, sofern für den Master-Studiengang Soziale Arbeit keine Zulassungszahl festgesetzt wurde. Wurde eine Zulassungszahl festgesetzt, findet ein Zulassungsverfahren gem. § 2 a statt.
- (6) Es wird jeweils nur zum Wintersemester immatrikuliert.“

(2) Der § 2 a wird eingefügt:

*„§ 2 a
Vergabe der Studienplätze bei der Festsetzung einer Zulassungszahl*

(1) Am Zulassungsverfahren nimmt nur teil, wer sich frist- und formgerecht um einen Studienplatz beworben hat und die Zugangsvoraussetzungen gem. § 2 erfüllt. Der Zulassungsantrag muss für das Wintersemester bis zum 15. Juli d. J. in der Hochschule eingegangen sein (Ausschlussfrist).

(2) Zunächst wird im Hauptverfahren für den Masterstudiengang Soziale Arbeit über den im Zulassungsantrag gestellten Hauptantrag entschieden.

Die nach dem Hauptverfahren noch verfügbaren Studienplätze werden im Nachrückverfahren vergeben. Am Nachrückverfahren nimmt nur teil, wer bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugelassen ist und die Teilnahme innerhalb der durch den Studierenden-Service gesetzten Frist schriftlich beantragt hat.

(3) Von der festgesetzten Zulassungszahl sind für die Zulassung von ausländischen Staatsangehörigen und Staatenlosen, die nicht nach Regelungen des BbgHG Deutschen gleichgestellt sind, zwei Studienplätze vorweg abzuziehen.

(4) Für Bewerber um ein Zweitstudium ist ein Studienplatz vorweg abzuziehen. Als Zweitstudienbewerber gilt, wer bereits einen Universitätsabschluss oder Abschluss an einer gleichgestellten Hochschule – Diplom, Magister, Staatsexamen o. ä. - erworben hat.

(5) Liegen für die Vergabe nach den Absätzen 3 und 4 weniger zu berücksichtigende Bewerbungen vor, werden freibleibende Studienplätze nach den Regelungen gem. Absatz 6 vergeben.

(6) Die verbleibenden Studienplätze werden zu 80 v. H. nach dem Grad der Qualifikation und im Übrigen nach Wartezeit vergeben.

(7) Die Rangfolge nach dem Grad der Qualifikation wird durch die Durchschnittsnote/Gesamtnote des ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses, der die Zugangsvoraussetzung für den Masterstudiengang Soziale Arbeit bildet, bestimmt. Wer keine Durchschnittsnote/Gesamtnote nachweist, wird hinter den letzten Bewerber mit feststellbarer Durchschnittsnote/Gesamtnote eingeordnet.

(8) Die Rangfolge nach Wartezeit wird durch die Zahl der seit dem Erwerb des zum Studium im Masterstudiengang Soziale Arbeit berechtigenden ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses verstrichenen Halbjahre bestimmt. Es zählen nur volle Halbjahre vom Zeitpunkt des Erwerbs des ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses bis zum Beginn des Semesters, für das die Zulassung beantragt wird. Halbjahre sind die Zeit vom 01.04. bis zum 30.09. eines Jahres (Sommersemester) und die Zeit vom 01.10. eines Jahres bis zum 31.03. des folgenden Jahres (Wintersemester). Es werden höchstens 10 Halbjahre berücksichtigt.

(9) Besteht bei der Auswahl nach dem Grad der Qualifikation Ranggleichheit, bestimmt sich die Rangfolge nach den Bestimmungen über die Auswahl nach Wartezeit. Besteht bei der Auswahl nach Wartezeit Ranggleichheit, bestimmt sich die Rangfolge nach den Bestimmungen über die Auswahl nach dem Grad der Qualifikation.

(10) Der Studierenden-Service teilt dem Bewerber unverzüglich die Entscheidung über den Zulassungsantrag mit.

(11) Im Zulassungsbescheid wird ein Termin bestimmt, bis zu dem zu erklären ist, ob der Studienplatz angenommen wird. Liegt die Erklärung bis zu diesem Termin nicht vor, wird der Zulassungsbescheid unwirksam.

(12) Das Vergabeverfahren ist abgeschlossen, wenn die Nachrücklisten erschöpft oder alle verfügbaren Studienplätze durch Einschreibung besetzt sind.“

Artikel 2 **In Kraft treten; Außer Kraft treten**

(1) Diese Satzung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule Lausitz (FH) in Kraft.

(2) Die Vorschriften des neugefassten *§ 2 neu Zugangsvoraussetzungen* und eingefügten *§ 2 a Vergabe der Studienplätze bei der Festsetzung einer Zulassungszahl* finden erstmals auf das Verfahren zum Wintersemester 2011/12 Anwendung.

Cottbus, 05. Oktober 2011

gez. Prof. Dr. Himmelmann
Vorsitzender des Fachbereichsrates

Durch den Präsidenten wurde am 03.11.2011 die 1. Änderungssatzung genehmigt.